

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktäg. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-Pfg. freibl. auschl. Erzgl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 30 R.-Pf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Zeilen 0,15 R.-M., 9. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-M., 3 gesp. Reklamezeile 0,45 R.-M., Dinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-M., Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-M., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt. Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen. Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (E. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabertag erbeten. Ausgabe nachmittags 7,30 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkensburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penzig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Gleich weit verbreitet in den Ortspflichten der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.

Nr. 195

Sonntag den 21. August 1927

50. Jahrgang.

Furchtbare Wasserkatastrophe bei Wladiwostok.

Antlicher Teil.

Als Heimbürgin für die Stadt Waldenburg und die Orte Altwaldenburg mit Eschlaide, Dürrenhufsdorf und Schwaben, sowie als stellvertretende Heimbürgin für Altstadt Waldenburg mit Grünfeld, Niederwinkel und Franzen ist nach zuständiger Entschliessung des Stadtrates bez. der Gemeindevorsteher und der Amtshauptmannschaft Glauchau mit Zustimmung des Bezirksarztes Frau Anna Elisabeth verw. Thoz geb. Hanschmann in Altwaldenburg heute verpflichtet worden. Waldenburg, den 19. August 1927. Der Stadtrat.

Reichspräsident von Hindenburg hat sich zur Gemisensjagd in das bayerische Hochgebirge begeben. Die preussische Regierung hat einen Aufruf zur Hindenburg-Spende erlassen. Für den Neuanflug Koenigkes hat Köln in Verbindung mit der Preisa 35.000 Mark bewilligt. In Nürnberg fand am Donnerstag das 75jährige Jubiläum des Germanischen Museums statt. Der französische Ministerrat beschäftigte sich gestern mit der Frage der Besatzungsverminderung. Der englische Ministerpräsident Baldwin ist von Kanada nach Europa zurückgekehrt. In Sofia wurde ein Bombenanschlag gegen die amerikanische Gesandtschaft verübt. Der englisch-chinesische Konflikt ist beigelegt. Die chinesische Nordarmee hat Nanjing erobert. Die Verurteilung Saccos und Vanzettis wurde vom obersten Gerichtshof abgelehnt.

Waldenburg, 20. August 1927.

Je näher der Termin des Zusammentritts des Völkervertrags heranrückt, umso lebhafter wird in Paris und neuerlich namentlich in London die Frage der Verminderung der Rheinlandbesetzung erörtert. Die amtlichen Kreise in England haben bisher in dieser Frage große Zurückhaltung bewahrt und es der Presse überlassen, über den englischen Standpunkt in der Räumungsfrage zu urteilen. Jetzt hat indes auch das Bureau Neuter mit einer offenbar offiziellen Auslassung in die Debatte eingegriffen. Es wird darin zunächst bestätigt, was man über die letzten französischen Vorschläge bereits erfahren hatte. Danach ist die französische Regierung bereit, ihre Besatzungstruppen, die zur Zeit etwa 55.000 Mann stark sind, um 5000 Mann zu vermindern, wobei zu bemerken ist, daß nach einer Meldung des „Petit Journal“ Frankreich sogar nur 4000 Mann zurückziehen will.

Weiter schreibt dann Neuter in Bestätigung gewisser englischer Zeitungsmedungen: Gleichzeitig hat es den Anschein, als ob die französische Regierung erwarte, daß die britische und die belgische Regierung ebenfalls Truppen in einer Gesamtstärke von 5000 Mann zurückziehen, so daß also eine gesamte Herabsetzung der Besatzungstruppen um 10.000 Mann stattfinden würde. Die französischen Vorschläge werden gegenwärtig von der britischen Regierung geprüft. Möglicherweise wird man den Eindruck haben, daß die vorgeschlagene Zurückziehung britischer und belgischer Truppen unverhältnismäßig sei, da die Gesamtstärke der französischen Streitkräfte im Rheinland die britischen und belgischen Streitkräfte um einige 40.000 Mann übersteigt.

Neuter bestätigt hier also die englischen Berichte, daß an sich eine Gesamtverminderung um 10.000 Mann in Aussicht genommen sei. Vorläufig ist man sich aber noch nicht einig, wie sich die drei Besatzungsmächte in diese Truppenverminderung teilen sollen. England verlangt zum mindesten prozentuale Herabsetzung, was durchaus verständlich ist, wenn man bedenkt, daß schon jetzt der französische Anteil an der Besetzung so bedeutend überwiegt, daß man kaum noch von einer internationalen Besetzung sprechen kann. Frankreich dagegen will bei Gelegenheit der Truppenzurückziehung seinen prozentualen Anteil noch ganz bedeutend steigern. Bei diesem Meinungsstreit zwischen Paris und London kann es mit der uns geschilderten Truppenverminderung leicht so gehen, wie mit den Schulden von Krapulinski und Waschlapski: „Und da keiner wollte leiden, daß der andere für ihn zahlte, zahlte keiner von den beiden.“

Aus der Neutermeldung geht dann weiter hervor, daß England die deutsche Forderung auf eine „merkliche“ Besatzungsverminderung als berechtigt anerkennt, — was wir mit einer gewissen Genugtuung begrüßen können — und daß es in einer Zurückziehung von 10.000 Mann bereits eine solche „merkliche“ Minderung sieht, was von uns nicht ohne weiteres zugegeben werden kann. Neuter schreibt hierüber:

„Es muß daran erinnert werden, daß die Botschafterkonferenz in ihrer Note vom November 1925 der deutschen Regierung versprochen hat, im Rheinlande die Zahl der alliierten Truppen merklich herabzusetzen. Seit diesem Zeitpunkt hat die deutsche Regierung bei jeder möglichen Gelegenheit die Nichterfüllung des Versprechens durch die Alliierten als Beschwerdegrund vorgebracht. Um ähnliche Beschwerdegründe seitens der deutschen Regierung zu beseitigen, wird die britische Regierung darauf bedacht sein, die von der Botschafterkonferenz versprochene merkliche Zurückziehung von Truppen durchzuführen. Während in der Note der Botschafterkonferenz keine bestimmte Zahl genannt ist, und noch keine Geneigtheit besteht, in unnötige Einzelheiten der Frage einzutreten, solange die Angelegenheit noch erörtert wird, glaubt man doch allgemein, daß die Herabsetzung der gesamten alliierten Truppen im Rheinlande auf etwa 56.000 Mann die Billigung der britischen Regierung finden würde.“

Die deutsche Regierung steht bekanntlich auf dem Standpunkt, daß unter der zugesagten „merklichen“ Minderung eine Herabsetzung auf den Stand der deutschen Vorkriegsgarnisonen, d. h. auf etwa 40.000 Mann, zu verstehen ist. Das ist immer noch ein Unterschied von 16.000 Mann zwischen der deutschen und englischen Auffassung. Man kann daraus entnehmen, daß sich England trotz aller schönen Worte um die ehrliche Erfüllung des Versprechens der Botschafterkonferenz herumzudrücken sucht. Unberührt bleibt bei diesem Streit um die Minderung der Rheinlandtruppen die Frage, ob wir nicht jetzt nach Erfüllung aller Entlassungsbedingungen und nach Regelung der Reparationsfrage auf Grund des Versailler Vertrages einen Anspruch auf völlige Räumung haben.

Der Zweck der Hindenburgspende.

Gegen unkontrollierbare Mächtigkeiten. Es bestehen, wie beobachtet wird, vielfach noch Zweifel über den Zweck der Hindenburg-Spende, und bedauerlicherweise wird auf Grund unkontrollierbarer Angaben in der Öffentlichkeit der Versuch unternommen, diese Zweifel über den Wohlfahrtszweck der Hindenburg-Spende zu nähren. Deshalb wird nochmals festgestellt:

Die Ehrengabe, wie sie in Gestalt der Hindenburg-Spende dem Reichspräsidenten aus Anlaß seines demnächstigen 80. Geburtstages dargebracht werden soll, will er unverkürzt und ausschließlich zugunsten von Kriegerverwunden und Veteranen verwenden. Diese schon vor längerer Zeit bekanntgegebene Erklärung des Reichspräsidenten von Hindenburg schließt die Verwendung der Mittel der Hindenburg-Spende oder auch nur eines Bruchteiles von ihnen zu einem anderen Zweck als dem angegebenen aus. Der Verwendungszweck der Hindenburg-Spende dürfte damit endgültig festgestellt sein.

Die Geschäftsstelle der Hindenburg-Spende, Berlin NW 40, Scharnhorststraße 35, hat sich der dauernden Ueberwachung durch die Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft unterstellt.

Ein Aufruf der preussischen Regierung. Auch die preussische Regierung hat jetzt einen Aufruf zur Hindenburgspende erlassen. Darin heißt es:

„Jeder Deutsche betrachte es als seine Ehrenpflicht, zu diesem Hilfswerk nach besten Kräften beizutreten und damit nicht nur die Person des Reichspräsidenten zu ehren, sondern auch dem Danke an die bei der Verteidigung des Vaterlandes Gefallenen und Verwundeten opferwilligen Ausdruck zu verleihen.“

Ferner erließ der Bund Deutscher Frauenvereine einen Aufruf für die Hindenburgspende.

Die Jubelfeier in Nürnberg.

75 Jahre Germanisches Nationalmuseum. In der Karthäuser Klosterkirche des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg fand am Donnerstag der Festakt der Feier des 75jährigen Bestehens des Museums statt. Nach meisterhaftem Vortrag einer Hayden-Komposition nahm der Vorsitzende des Verwaltungsrates Dr. Graf Posadowski-Wehner das Wort zur Begrüßungsansprache, worauf als erster Redner Prof. Dr. Sauer-Freiburg, Mitglied des Verwaltungsrates, den Reigen der Ansprachen mit der Festrede eröffnete.

Er schilderte in eingehender Weise die bisherige Geschichte des Germanischen Nationalmuseums. Die Geschichte des Germanischen Nationalmuseums sei Ausdruck und Symbol der Entwicklung der nationalen Idee in Deutschland. In warmen Worten gedachte er der Männer, die sich um das Germanische Nationalmuseum hoch verdient gemacht haben, in erster Linie des Gründers des Museums, des fränkischen Edelmannes Freiherrn von Aufseß, des Geheimrats Bezold, des Herrn Esfenwein und des jetzigen ersten Direktors Dr. Heinrich Zimmermann.

Hierauf nahm der bayerische Kultusminister Dr. Goldenberger das Wort und überbrachte die Glückwünsche der Staatsregierung, sowie der im Reichsrat vereinigten deutschen Länder. Der Minister teilte mit, die Staatsregierung wolle den Anteil an dem Gedenken und der Weiterentwicklung des Germanischen Nationalmuseums dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie beschlossen habe, als Jubiläumsgabe dem Museum zwei Gemälde des Augsburger Künstlers Jörg Breu, darstellend die Kreuzigung Christi und die Flucht nach Ägypten, aus dem 16. Jahrhundert zu überreichen. Weiter beschloß die bayerische Staatsregierung, dem ersten Direktor Dr. Heinrich Zimmermann und dem zweiten Direktor Hampel für ihre verdienstvolle Tätigkeit den Titel eines Geheimen Regierungsrates zu verleihen.

Als Vertreter des Reichspräsidenten von Hindenburg und der Reichsregierung nahm hierauf Dr. Zieger, Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, das Wort, der ebenfalls die besten Wünsche des Reiches übermittelte. Der Reichspräsident lasse durch ihn als Ehrengabe des Reiches das Bild eines alten Elsfässer Meisters aus der Zeit Schongauers überreichen.

Als Vertreter der Stadt Nürnberg sprach sodann Oberbürgermeister Dr. Luppe, der insbesondere auf die kulturelle Aufgabe des Germanischen Nationalmuseums hinwies. Das Schlüsselwort sprach dann Direktor Dr. Zimmermann, der seinen Dank an die Reichs- und Staatsregierung, sowie an die Stadt Nürnberg zum Ausdruck brachte. Mit dem Vortrag einer Mozart-Komposition war der Festakt in dem weithellen Raum beendet, und ein Rundgang führte zu den Jubiläumsgaben.

Anschließend fand im alten historischen großen Rathhauseaal ein Festessen statt, bei dem Oberbürgermeister Dr. Luppe und Graf Posadowski-Wehner sprachen.

Die Lausanner Kirchenkonferenz.

Söderbloms Bericht. Auf der Lausanner Kirchenkonferenz verlas Erzbischof Söderblom einen Bericht der von ihm geleiteten Kommission. Ueber die Einigungsbestrebungen wird darin u. a. gesagt:

„Der Einigungsbestrebungen, die in Lausanne zum Ausdruck gekommen ist, und die ihren Blick auf Glauben und Kirchenverfassung gerichtet hat, schwebt angedeutet unsere